

Vorsitzender Langer verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2011 auf Durchführung einer Elternbefragung zum Schulversuch „Gemeinschaftsschule.“ Er weist zudem auf Anträge aus der Vergangenheit der Fraktionen von FDP und GRÜNEN hin.

Bürgermeister Dr. Storch ergänzt nachfolgend Frage 1 c des vorliegenden Beschlussvorschlages zur besseren Klarstellung wie folgt:

1 c) die weiteren Vorarbeiten für die Teilnahme am Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ ab dem Schuljahr 2012/2013 durchzuführen mit dem Ziel, dass bei entsprechenden Beschlüssen der Gremien die vollständigen Antragsunterlagen noch vor den Sommerferien 2011 der Bezirksregierung zugeleitet werden können.

Bürgermeister Dr. Storch weist ferner auf den von der Verwaltung vorgeschlagenen „Fahrplan“ für die weiteren Schritte hin. In diesem Zusammenhang geht der Bürgermeister auf Änderungen der gemeindlichen Sitzungstermine, hier des Rates, ein. Auf Grund der Haushaltssituation werde die Ratssitzung vom 28.03.2011 auf den 09.05.2011 verlegt. Um Verzögerungen bei den weiteren erforderlichen Schritten zu vermeiden, schlägt er dem Schulausschuss vor, zu Ziffer 2 b des Verwaltungsvorschlages am 14.03.2011 (Sitzung des Hauptausschusses) eine Dringlichkeitsentscheidung zu treffen. Jede Fraktion, die sich der Dringlichkeitsentscheidung anschließe, solle diese auch unterschreiben. Hierdurch werde dokumentiert, dass die Dringlichkeitsentscheidung von einer breiten politischen Basis mitgetragen werde.

Herr Zielinski berichtet über eine Informationsveranstaltung seiner Partei zu dieser Thematik, an der rd. 70 Besucher teilgenommen haben. Diese äußerten sich positiv zum Thema „Gemeinschaftsschule“ und kamen zu dem Ergebnis, dass das Thema Gemeinschaftsschule für die Gemeinde Eitorf durchaus sinnvoll sei und einer schnellen Umsetzung bedürfe.

Herr Lindner bedauert, dass in der Gemeinde Eitorf keine Gesamtschule errichtet werden kann. Er verweist auf die hohen Anmeldezahlen zur Gesamtschule Hennef, die die tatsächlich verfügbaren Plätze bei weitem übersteige. Seiner Meinung nach sei es nicht richtig, dass lediglich die Eltern der jetzigen Klassen 1 – 3 der Grundschulen über die künftige Entwicklung der Eitorfer Schullandschaft mitentscheiden. Schließlich seien auch die Eltern der nachfolgenden Jahrgänge von der Entscheidung mit betroffen. Die Fragebogenaktion solle daher auch auf die Eltern von Kindergartenkindern ausgeweitet werden, um so das Umfrageergebnis auf eine noch breitere Basis zu stellen. Er schlägt daher eine Änderung des Beschlussvorschlages zu Ziffer 1 b vor. Der Beschlussvorschlag solle lauten: „nachfolgend zeitnah eine Fragebogenaktion für die Eltern/Erziehungsberechtigten der Eitorfer Grundschulkinder der jetzigen Klassen 1 – 3 **sowie der Kindergartenkinder** durchzuführen.“ Ferner regt er weitere Änderungen zum Fragebogen an.

Bürgermeister Dr. Storch weist darauf hin, dass für eine abschließende Entscheidung der Bezirksregierung zu einem Antrag Gemeinschaftsschule grundsätzlich das Ergebnis der Elternbefragung von Grundschulkindern maßgeblich ist. Eine Befragung der Eltern von Kindergartenkindern könne jedoch den langfristigen Bestand der Umfrageergebnisse untermauern und führe zu einer größeren Aussagekraft. Allerdings solle die Elternbefragung der Kindergartenkinder separat durchgeführt werden.

Anschließend werden im Gremium Für und Wider einer Befragung von Eltern der Kindergartenkinder sowie die Modalitäten zu deren Befragung diskutiert. Die Idee einer Internetabfrage bei Eltern von Kindergartenkindern wird verworfen, weil möglicherweise nicht alle in Frage kommenden Eltern über eine Internetanbindung verfügen. Schließlich wird angeregt, getrennte Fragebogenaktionen bei den Eltern der Grundschulkinder der Klassen 1 bis 3 und der Kindergartenkinder durchzuführen, um eine Verwässerung der Umfrageergebnisse zu vermeiden. Die Befragung der Eltern der Kindergartenkinder solle allerdings nicht nach Jahrgängen differenziert erfolgen. Zur Kennzeichnung für die Eltern der Kindergartenkinder solle Frage 2 des Fragebogens um ein weiteres Feld für Kindergartenkinder erweitert werden. Die Umfrageergebnisse sollen der Bezirksregierung getrennt nach Grundschul- und Kindergartenkinder mitgeteilt werden. Der Fragebogen insgesamt solle nicht überfrachtet werden. Zur Vermeidung zusätzlicher Portokosten sollen für die Befragung der Eltern der Kindergartenkinder die Träger der Einrichtungen um Unterstützung bei der Durchführung der Fragebogenaktion gebeten werden.

Vorgeschlagen wird ferner, auch die Eltern der Kindergartenkinder zur Infoveranstaltung einzuladen. Bürgermeister Dr. Storch regt an, über eventuelle Änderungsanträge zum Fragebogen einzeln abstimmen zu lassen. Mehrheitlich beschlossene Änderungsanträge sollen im Fragebogen berücksichtigt werden, Änderungsanträge ohne Mehrheit sollen außen vor bleiben. Der abgeänderte Fragebogen solle unter Beschlussvorschlag 1 b mit der Ergänzung:.....“gemäß Fragebogen Anlage “ ( mit den hierin

beschlossenen Änderungen) aufgeführt werden. Danach solle man über den Gesamtkomplex abstimmen. Mit dieser Verfahrensweise sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Vorsitzender Langer stellt zunächst den Änderungsantrag von Herrn Lindner zu Beschlussvorschlag 1 b mit der Erweiterung der Fragebogenaktion auf die Eltern der Eitorfer Kindergartenkinder zur Abstimmung.

**Beschluss:**

**Nr. XIII/SCHA6/024**

Die Fragebogenaktion wird auch bei den Eltern der Eitorfer Kindergartenkinder durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Herr Schmidt-Kroth informiert über weitere Änderungswünsche seiner Fraktion zum Fragebogen (Anlage 3). Frau Kemmler befürchtet, dass der vorbereitete Fragebogen die Eltern teilweise überfordere und regt ebenfalls Änderungen an. Vorsitzender Langer schlägt schließlich vor, die von der FDP-Fraktion vorbereiteten Änderungsvorschläge Punkt für Punkt zur Abstimmung zu stellen. Im Übrigen verweist er auf die Sitzung der Arbeitsgruppe vom 15.02.2011, in der die Vertreter der Bezirksregierung empfohlen haben, sich weitestgehend an den vorbereiteten Fragebogen zu halten.

Der Änderungsvorschlag der FDP-Fraktion zu Frage 5 lautet wie folgt:

„In Abhängigkeit von der Anzahl der Züge in einem Jahrgang könnte eine Gemeinschaftsschule entweder nur in Eitorf oder zusammen mit der Gemeinde Windeck eingerichtet werden. Eine gemeinsame Gemeinschaftsschule würde aus einem Teilstandort in Eitorf (z. Zt. GHS) und einem Teilstandort in Rosbach (z.Zt. GHS) bestehen.

Frage 5: a) Bevorzugen Sie eine gemeinsame Gemeinschaftsschule mit Windeck?

Ja, eher ja, eher nein, nein (Reihenfolge beachten)

b) Würden Sie dafür in Kauf nehmen, dass Ihr Kind entweder in Klasse 5 – 7 oder in Klasse 8 – 10 in Rosbach unterrichtet wird?

Ja, eher ja, eher nein, nein (Reihenfolge beachten)“

Vorsitzender Langer stellt den Änderungsvorschlag zu Punkt 5 zur Abstimmung.

**Beschluss:**

**Nr. XIII/SCHA6/025**

**Abstimmungsergebnis:**

**Ja-Stimmen: 6 FDP**

**Nein-Stimmen: 4 CDU, 2 SPD, 1 BfE, 1 Grüne.**

Der Änderungsvorschlag zu Frage 5 des Fragebogens ist somit abgelehnt.

Zu Frage 6 des Fragebogens merkt Frau Kemmler an, dass dieser Teil ohne Relevanz für die Frage sei, ob eine Gemeinschaftsschule für die Eltern in Betracht komme oder nicht. Ihrer Meinung nach sei der Wunsch nach guten Verkehrsverbindungen zur Schule selbstverständlich. Daher beantrage die FDP-Fraktion die komplette Streichung der Frage 6 aus dem Fragebogen.

Hierzu merkt Amtsleiter Keuenhof an, dass derzeit völlig offen ist, ob der Standort Eitorf für eine Gemeinschaftsschule die Zustimmung der Bezirksregierung finde oder ob man möglicherweise noch eine Verbundlösung mit Windeck finden muss. Von daher sei die Frage 6 in den Fragebogen aufgenommen worden. Frage 6 sei nicht Bestandteil des ursprünglichen Musterfragebogens des Landes gewesen. Frage 6 sei also kein Muss und könne auch ersatzlos wegfallen.

**Beschluss:**

**Nr. XIII/SCHA6/026**

**Abstimmungsergebnis:**

**Ja-Stimmen: 6 FDP, 2 SPD, 1 BfE, 1 Grüne.  
Enthaltungen: 4 CDU.**

Somit wird Frage 6 aus dem Fragekatalog gestrichen.

Schließlich beantragt Frau Kemmler, Frage 4 an den Schluss des Fragebogens zu setzen. Ihrer Meinung nach sei es nicht ratsam, zuerst eine Entscheidung in dem Fragebogen zur Schulform zu treffen und anschließend um Beantwortung von Fragen gebeten zu werden, die die eigentliche Entscheidung begründen sollen.

**Beschluss:**

**Nr. XIII/SCHA6/027**

**Abstimmungsergebnis:**

**Ja-Stimmen: 6 FDP.  
Nein: 4 CDU, 2 FDP, 1 BfE, 1 Grüne.**

Der Antrag ist somit abgelehnt, Frage 4 verbleibt an der bisherigen Stelle des Fragebogens.

Zum besseren Verständnis für die Eltern schlägt Schulleiterin Resch vor, die Klammer zu Punkt 6 a des Fragebogens wie folgt zu ergänzen:

(sog. innere Differenzierung wie in der Gesamtschule)

**Beschluss:**

**Nr. XIII/SCHA6/028**

**Abstimmungsergebnis:**

**Dieser Änderungsvorschlag wird einstimmig angenommen.**

Vorsitzender Langer stellt abschließend den Verwaltungsvorschlag (Vorlage vom 23.02.2011) mit den sich in der heutigen Sitzung ergebenden Änderungen zur Abstimmung.